

Occupy Germany? Schon passiert!

von Martin Müller-Mertens

Knapp 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vorrechte in Deutschland. In ihren Stützpunkten sind auch Niederlassungen der Schnüffelagentur NSA.

Immer noch Atomwaffen



Aus dem Nordatlantikvertrag (1949) resultieren Vereinbarungen, gemäß denen Deutschland den USA im Rahmen der «nuklearen Teilhabe» gestattet, Atomwaffen zu stationieren und nach eigenen Sicherheitsstandards zu unterhalten. So werden auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel für das dort beheimatete Tomado-Geschwader 33 der Bundesluftwaffe zwanzig amerikanische Atomwaffen vom Typ B-61 bereitgehalten. Über die geheimen Aktivierungscodes verfügen nur die US-Streitkräfte.

Nutzen die USA ihre Militärbasen in Deutschland auch für die Spionage gegen Deutschland? Seit die britische Tageszeitung *The Guardian* Mitte Juli Informationen zur NSA-Software XKeyscore veröffentlichte, ist der Verdacht in der Welt. Der Artikel zeigte eine Grafik, nach der die NSA-Schnüffler über mehr deutsche Rechner ins Internet eindringen als über Computer in den Vereinigten Staaten. Dazu könnten die Militärbasen dienen. «Es ist hilfreich, wenn man physische Nähe hat zu den Datenzentren, die man angreifen will. Daher ist das durchaus plausibel», sagte Sandro Gaycken, IT-Spezialist der Freien Universität Berlin, gegenüber der *Deutschen Welle*.

Aber ist das überhaupt möglich ohne Kenntnis der Bundesregierung? Einerseits ja, denn mit dem sogenannten G-10-Gesetz wurde 1968 eine Verwaltungsvereinbarung erlassen, die den alliierten Diensten zum Schutz ihrer Truppen das Recht einräumt, selbst abzu hören und zu überwachen. Andererseits nein, denn angeblich wurde diese Vereinbarung seit 1990 nicht mehr genutzt. Anfang August 2013 verkündete das Auswärtige Amt, dass die Bestimmung nun auch formell «im gemeinsamen Einvernehmen» mit den USA und Großbritannien außer Kraft gesetzt wurde.

Also Entwarnung? Keinesfalls. Denn was in den US-Stützpunkten in Deutschland geschieht, passiert de facto außerhalb der deutschen Rechtsordnung. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag vom 24. März 2011, ob die alliierten Truppen in Deutschland nur unter der Voraussetzung von NATO-Beschlüssen, die demnach auch von Deutschland getragen wären, handeln dürften, antwortete die Bundesregierung: «Ein Aufenthalt in "NATO-Mission" oder ein Tätigwerden auf der Grundlage eines "NATO-Beschlusses" gehört nicht zu den Voraussetzungen.»

Das ist ein Freibrief für die US-Armee, ihre deutschen Basen auch für Aktivitäten zu nutzen, die Deutschland ablehnt und die NATO nicht beschlossen hat, also etwa für den Krieg im Irak 2003 oder die Verschleppung von Terrorverdächtigen (Rendition flights). Und damit auch ein Freibrief für Schnüffelaktionen. Die Bundesregierung hat jedenfalls, wiederum auf Anfrage der Linksfraktion 2011, eingeräumt, dass 207 US-Unternehmen, die für die US-Truppen in der Bundesrepublik «analytische Dienstleistungen» erbringen, gewerberechtliche Vergünstigungen erhalten. Auf einer Bundespressekonferenz am 31. Juli 2013 präzisierte sie, unter «analytische Aktivitäten» seien militärisch-technische Dienstleistungen zu verstehen. Was das heißt? Die *Deutsche Welle* präzisiert: «Die Vergünstigungen für geheimdienstliche Tätigkeiten von US-Firmen



sind in zahlreichen Verbalnoten – Briefwechseln zwischen der US-Botschaft in Berlin und dem Bundesaußenministerium – von 2001 an bis heute vereinbart. So bekam auch die Firma Booz Allen Hamilton, für die Edward Snowden arbeitete, eine Lizenz für "nachrichtendienstliche Operationen" in Deutschland. Das ergibt sich aus einer Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 25. November 2008.» (dw, 3.8.2013)

Ganz offensichtlich wird der US-Stützpunkt in Griesheim bei Darmstadt von den US-Schnüfflern genutzt. Im Herbst 2003 wurde bekannt, dass der militärische Nachrichtendienst Intelligence and Security Command (Inscow) von einem Stützpunkt nahe Augsburg nach Griesheim umgezogen war, die Kontrolle über Inscow hat die NSA. In unterirdischen Bunkern des sogenannten Dagger-Komplexes arbeiten angeblich 1.000 Geheimdienstler, das Gelände ist schwer gesichert und wird immer weiter ausgebaut. Proteste der Bundesregierung dagegen sind nicht bekannt geworden.

In den Massenmedien wird strikt vermieden, die Debatte um die NSA auch auf die Rolle der US-Armee in



Deutschland auszuweiten, denn das würde das Herzstück der amerikanisch-deutschen Militärkooperation gefährden. Fast 25 Jahre nach dem Kalten Krieg nimmt Deutschland immer noch eine Schlüsselposition im geostrategischen Kalkül der US-Regierung ein. Das lässt sich aus den Angaben des US-Verteidigungsministeriums ablesen: Von den 716 größeren US-Liegenschaften jenseits der US-Grenzen befinden sich 87 in Südkorea und 123 in Japan – doch 235 in Deutschland. Von den etwa 136.063 dauerhaft in Übersee stationierten US-Soldaten findet sich das größte Kontingent mit 54.120 Soldaten in der Bundesrepublik – dem westlichen Einfallstor nach Eurasien. Neben den US-Soldaten sind in Übersee noch weitere 19.112 Zivilpersonen und 72.159 «Anderer» stationiert. Fast die Hälfte davon in der Bundesrepublik: 8.458 Zivilpersonen und 30.919 «Anderer»! Hinzu kommen etwa 18.000 Soldaten der britischen Streitkräfte, die Nachfolgerin der Rheinarmee soll jedoch bis 2020 vollständig abgezogen werden.

Aus den US-Streitkräften, die Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges besetzten, ging im März 1947 das Europäische Kommando (EUCOM) hervor, welches heute in Stuttgart-Vaihingen beheimatet ist. Dessen Verantwortungs-

bereich umfasst alle militärischen Aktionen der USA in Europa und einem Teil des Nahen und Mittleren Ostens.

Im Wettlauf um Afrikas Öl erhielt 2007 Afrika – das bis dahin großteils in die Zuständigkeit von EUCOM gefallen war – ein eigenes Einsatzführungskommando AFRICOM, dessen Zentrale sich in Stuttgart-Möhringen befindet. Von dort aus werden auch völkerrechtswidrige Drohnenangriffe in Nordafrika kommandiert.

In Deutschland starten Tarnkappen- und Uran-Bomber

In der Pfalz haben die USA eine ihrer wichtigsten Militärbasen installiert: die US-Air Base Ramstein. Hier betreibt die US-Luftwaffe das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Den größten Transportflugzeugen der US-Air Force (C-130, C-17, C-5) stehen zwei Start- und Landebahnen sowie die größte Wartungshalle der US-Air Force zur Verfügung, dazu ein vollautomatisches Fracht-Terminal sowie ein Passagier-Terminal für monatlich etwa 30.000 Abfertigungen. Ramstein «war entscheidend am Erfolg der Operation Enduring Freedom (vor allem in Afghanis-

*In Garnisonsstädten noch heute ein alltägliches Bild: Panzer der US-Armee rollen durch die Straßen (hier bei einem Manöver in den 1980er Jahren).
Foto: NATO*



Der Fliegerhorst Ramstein ist Hauptquartier der US-Luftwaffe und mit über 40.000 Mann ihre größte Basis außerhalb der Vereinigten Staaten. Die Anlage verfügt über zwei Landebahnen von rund drei Kilometern Länge. Zeitweise wickelte die CIA ihre Entführungsflüge über Ramstein ab. Bis 2005 lagerten dort auch Kernwaffen.
Foto: af.mil



Department of the Air Force
Foto: defense.gov

_ von COMPACT-Redakteur Martin Müller-Mertens wird man demnächst auch Beiträge in COMPACT-Spezial Nr. 2 lesen können. Unsere Sonderausgabe mit dem Titel «Die Kriegslügen der USA» erscheint Mitte September 2013 (84 Seiten, 8,80 Euro, Klebebindung, Hochglanz). Bestellen über compact-magazin.com/thema/compact-spezial/

tan) und dem Irak-Einsatz beteiligt», lobte Air Force-General Charles F. Wald 2003. Hier soll auch die Befehlszentrale für den NATO-Raketenabwehrschirm eingerichtet werden, der aus vorgeschobenen Stellungen, etwa in Polen, russisches Territorium bedroht.

Während in Ramstein im wesentlichen Transportflugzeuge starten, ist Spangdahelm/Eifel die Basis für Kampfflugzeuge. Von hier starteten im Irakkrieg die gefürchteten Tarnkappenbomber F-117-A. Heute werden A-10-Kampfstaffeln mit Bomben und Uran-Geschossen für den Einsatz in Afghanistan ausgerüstet.

In Grafenwöhr fand 2012 das größte US-Manöver in Deutschland seit Ende des Kalten Krieges statt. Rund 8.000 Soldaten übten die Aufstandsbekämpfung.

Auch auf zivilen deutschen Flughäfen sind die US-Streitkräfte aktiv. Besonders der Flughafen Halle/Leipzig dient als Drehkreuz für US-Truppentransporte. 2008 wurden von hier aus schon über 450.000 GIs in die Krisengebiete nach Afghanistan und in den Irak geflogen. Künftig wird sogar mit 800.000 US-Soldaten gerechnet, die den Flughafen jährlich als Zwischenstopp nutzen sollen. Im Vergleich eher eine Rolle am Rand spielt Frankfurt/Hahn in Rheinland-Pfalz. Durch den Abzug der GIs vom Hindukusch ist der Verkehr stark rückläufig. Im Juni 2013 zählte die örtliche Bürgerbewegung Fluglärm 4.682 Soldaten. Ein Jahr zuvor waren es noch 13.636. Allein das offizielle Ende des Kampfeinsatzes in Afghanistan dürfte zudem das Frachtaufkommen in Hahn um zehn bis 15 Prozent senken.

3.500 Kilometer von Bagdad und 5.200 Kilometer von Kabul entfernt liegt im pfälzischen Landstuhl das US-Regi-

onal Medical Center (LRMC), mit über 2.000 Mitarbeitern, das größte Krankenhaus der US-Armee außerhalb der Vereinigten Staaten. Dort werden Leichtverletzte gepflegt und für die Rückkehr an die Fronten des weltweiten «Kampfes gegen den Terrorismus» fit gemacht.

Völlig unspektakulär war in der US-Armeezeitung *Stars & Stripes* am 20. Oktober 2009 vom Umzug des Hauptquartiers der US-Armee/Europa (USAREUR) von Heidelberg nach Wiesbaden zu lesen. Die verbliebenen Heidelberger Einrichtungen folgen in diesem Jahr. Bis 2015 gibt die US-Armee auch ihre Standorte in Schwetzingen und Mannheim auf.

In Grafenwöhr übt die US-Armee auch Aufstandsbekämpfung

Einsatzbereit hält sich die US-Armee in Deutschland unter anderem auf Übungsplätzen mit einer Gesamtgröße von 39.250 Hektar. In Grafenwöhr und Hohenfels unterhalten sie Übungsgelände für die Landstreitkräfte, in Siegenburg einen Luft-/Bodenschießplatz. Die britischen Verbündeten nutzen Übungsplätze von 15.000 Hektar. Kleinere Einrichtungen sind dabei gar nicht mitgerechnet.

In Grafenwöhr fand 2012 auch das größte US-Manöver in Deutschland seit Ende des Kalten Krieges statt. Im Oktober übten rund 8.000 Soldaten unter dem Codewort *Saber Junction* unter anderem ein Gefecht der verbundenen Kräfte gegen einen gepanzerten Gegner sowie Aufstandsbekämpfung.

Beliefen sich die Kosten für die US-Truppen im Kalten Krieg auf jährlich umgerechnet etwa 1,5 Milliarden Euro, so sanken sie im Jahr 2000 auf umgerechnet 900 Millionen und 2003 – so jedenfalls die Angabe damals auf der Website der deutschen Botschaft in Washington – auf 750 Millionen Euro. Im Jahr 2005 gab das Bundesfinanzministerium die «Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte» plötzlich nur noch mit rund 123,3 Millionen Euro an. Diese wundersame Reduzierung könnte damit zusammenhängen, dass der Betrag nur die Kosten des Bundes (und nicht die der Länder und Kommunen) umfasst – und dass zivile Folgekosten ausgeklammert wurden. So findet sich im Antrag auf Elterngeld eine eigene Zeile für US-Soldaten. ■

Anzeige



KAPITAL SICHERN.DE

ECHTE WERTE

- Gold und Silber als Münzen und Barren
- Strategische Metalle & Seltene Erden
- Einzigartiger Goldsparplan
- LV - Kündigung
- Beratung

www.KapitalSichern.de
Info@KapitalSichern.de
 Telefon 07955 476583



Acht Mal angewendet



Bereits acht Mal wurde die Feindstaatenklausel angewendet – wenn auch vor Jahrzehnten.

- 1948 verhinderte die Sowjetunion per Veto, dass die Blockade West-Berlins vor der UN-Generalversammlung thematisiert wurde. Mit Verweis auf Artikel 107 der UN-Charta.

- 1950 belehrte sie das höchste UN-Gremium über seine Nicht-Zuständigkeit in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen. Ebenfalls unter Bezug auf die Feindstaatenklausel.

- 1968 erinnerte Moskau Bonn per Aide-mémoire – in der Diplomatie eine schriftliche Notiz – an die Klausel.

- Auch die Moskauer Verhandlungen über einen Gewaltverzicht zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik liefen sich unter anderem ob des sowjetischen Beharrens auf dem Recht zur Intervention 1969 zügig fest. Doch im Übrigen vermied es die Staaten, sich des Arguments zu bedienen. Es war wohl in Zeiten der Blockkonfrontation gegenüber den jeweiligen frontnahen deutschen Vasallen nicht opportun und schlicht unnötig.

Jeder Staat darf einmarschieren

– von Dietmar Pietsch

Die UN-Feindstaatenklausel erlaubt militärische Interventionen gegen Deutschland. Offiziell gilt der Passus als obsolet. Doch gestrichen wurde er nicht. Die Bundesregierung hat damit kein Problem.

Gleich drei Mal ist die Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen verankert – in den Artikeln 53, 77 und 107. Explizit erlaubt sie «Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war». Gemeint ist insbesondere Deutschland. Da eine – im Zweifel auch rückwirkende – Kriegserklärung an die Achsenmächte Voraussetzung für die UNO-Aufnahme bei deren Gründung war, gilt dies für praktisch alle 1945 bereits unabhängigen Staaten. Sie könnten unter Umgehung der UNO in Deutschland einmarschieren. Real käme dies wohl vor allem für die USA in Frage.

Was bislang als Verschwörungstheorie oder allenfalls Historienfolklore galt, bekommt angesichts der NSA-Spähaffäre urplötzliche Brisanz. Zwar lässt die Feindstaatenklausel militärische Interventionen nur «bei der Wiederaufnahme einer Angriffspolitik» zu. Doch solche Formalitäten bedürfen letztlich nur der Auslegung. «Die übergroße Neugier der US-Dienste hat die Frage nach der Souveränität von Staaten wieder aktuell gemacht, die, wie die Bundesrepublik Deutschland, zugleich Objekt und Subjekt intensiver nachrichtendienstlicher Zuwendungen waren

und weiterhin sind», schreibt der frühere Berater von Altkanzler Helmut Kohl, Michael Stürmer, in der *Welt*. «Ob die UN-Feindstaatenklausel noch immer für Deutschland gilt, mögen Historiker und Völkerrechtler unter sich ausmachen. Für US-Geheimdienste lautet die schlichte Antwort: Ja!», bringt es die Oldenburger *Nordwest-Zeitung* auf den Punkt.

Ist Deutschland als Feind souverän?

Formal hat die Feindstaatenklausel heute keine Bedeutung. 1995 bezeichnete die 50. Generalversammlung der UNO den Passus sogar offiziell als obsolet, also überholt. Doch zumindest gewisses Bauchgrummeln bereitet die Feindstaatenklausel inzwischen auch Teilen der bundesdeutschen Elite. «Wir haben offensichtlich verdrängt, dass Deutschland (...) in der UNO-Charta fast drei Generationen nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer als "Feindstaat" rangiert. Es ist höchste Zeit, dieses Überbleibsel der Realität anzupassen», schrieb im Juli die CSU-Parteizeitung *Bayernkurier*. Einen Schritt weiter ging die *Frankfurter Allgemeine*, als sie die Klausel angesichts der NSA-Affäre thematisierte. «Proteste gegen die Überwachung sind vorerst nutzlos, denn es ist mehr als unklar, ob Deutschland überhaupt souverän ist.»

Panzer der US-Armee sichern mitten in Berlin die Herrschaft Washingtons in Deutschland ab (hier 1961/62 am Checkpoint Charly). Zurzeit nur ein rein historisches Bild. Foto: US-Armee



US-amerikanische Air Base in Ramstein. Foto: USAF. David D. Underwood

«Auch ein Feind ist souverän», differenziert der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider gegenüber COMPACT. «Souveränität ergibt sich, auch, wenn man frühere Auffassungen von Staatssouveränität zugrunde legt, einfach aus der Staatseigenschaft Deutschlands.»

Beim Auswärtigen Amt wird die Skandal-Klausel jedenfalls heruntergespielt. Berlin tut, als sei Deutschland nur aus Bequemlichkeit als Feind gelistet. «Eine Streichung aus der Charta ist ein gewaltiger Aufwand und wird wohl eher im Rahmen einer grundlegenden Reform der UN stattfinden», sagte UN-Botschafter Peter Wittig. Doch eine solche Reform ist nicht in Sicht. So darf Deutschland noch einige Zeit acht Prozent des UN-Haushalts bezahlen, hin und wieder als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat sitzen und UN-Kampfmissionen mittragen, während es doch eigentlich der Feind ist.

Tatsächlich dürfte gegenwärtig wohl kein Land ernsthaft erwägen, in Deutschland einzumarschieren. Doch könnte sich dies ändern, wenn Berlin seinen strikten Unterordnungskurs unter die US-geführte Weltordnung aufgibt. «Allemaal würde es das erleichtern, wenn man einen Austritt Deutschlands aus der NATO als feindlichen Akt betrachtet», gibt Schachtschneider zu bedenken. Immerhin existiert nicht einmal eine verbindliche Festlegung, was überhaupt ein feindlicher Akt ist. «Das definieren die früheren Feinde».

Einschränkungen deutscher Souveränität haben Bestand

Es ist nicht die einzige fortdauernde Beschränkung Deutschlands aus der Zeit vor 1990. Weiterhin Bestand haben alle Regelungen, die zum «Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes» gegen das «deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind». Diese Verordnung wurde 1990 unter Ausschluss des deutschen Gesetzgebers auch auf die östlichen Bundesländer ausgeweitet. Auch das in den 1960er Jahren mit Zusatzvereinbarungen versehene Truppenstatut ist weiterhin in Kraft und sorgte angesichts der aktuellen Ausspähaffäre für Aufsehen. Die Übereinkunft erlaubt es den

USA, unter Umständen am Bundestag vorbei Sonderrecht in Deutschland einzuführen. Nur nebenbei: Einen Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen früheren Kriegsgegnern gibt es bis heute auch nicht.

Ein Zustand, der auch Linken-Fraktionschef Gregor Gysi sauer aufstößt. «Wäre es nicht doch mal an der Zeit, dass wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird?», fragte er im *Deutschlandradio*. «Dazu muss eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht», meinte Gysi in Anspielung auf ein Abkommen zur Kommunikationsüberwachung zwischen der Bundesrepublik und den USA von 1968.

Deutschland zahlt acht Prozent des UN-Haushalts, ist hin und wieder nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat und trägt UN-Kampfmissionen mit, während es doch eigentlich der Feind ist.

Zumindest vor 1990 hatte Bonn schlicht kein Problem mit der Feindstaatenklausel. «Nun hat gerade die Bundesrepublik selbst gegenüber den Westmächten nicht nur die "Prinzipien" der UN-Charta, zu denen möglicherweise auch die Feindstaatenklausel selbst zu rechnen ist, anerkannt, sondern sie hat vor allem die Viermächteverantwortung "für ganz Deutschland" anerkannt. Dass diese "gesamtdeutsche Verantwortung" der vier Mächte etwas anderes sein sollte als die "Verantwortlichkeit" der Feindstaatenklausel, ist nicht anzunehmen», schätzte der Direktor des Instituts für Internationales und Ausländisches Recht an der Freien Universität Berlin, Wilhelm Wengler, 1987 ein.

Drei Jahre später legten die vier Alliierten ihre Rechte über Deutschland im Zwei-plus-Vier-Abkommen zwar nieder. Doch galt dies nur für die im Frühjahr 1945 selbst deklarierte «oberste Gewalt» über das besiegte Land. Auswirkungen auf Vereinbarungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitglieder hatte das nicht. ■

Anzeige

Jena ■ Weimar ■ Apolda

**Kanzlei Stünkel
Rechtsanwälte**

Bundesweite Vetreterung in allen Rechtsgebieten

www.kanzlei-stuenkel.de

kontakt@kanzlei-stuenkel.de, Tel. 03641-534908

Carl-Zeiß-Platz 16
07743 Jena

Paul-Schneider-Str. 17
99423 Weimar

Lessingstr. 38
99510 Apolda

Dietmar Pietsch schrieb in COMPACT 2/2013 über «Vampire aus Detroit», die Auspressung von Opel durch General Motors.